

**27. Inwiefern wird Europa Maßnahmen setzen, um eine Zahlungsunfähigkeit zu verhindern? (Verweis: Schutzpakete sind „ein Tropfen auf den heißen Stein“) Diese Frage stellt sich in Bezug auf den mehrmonatigen „Ausfall“ der Wirtschaft, denn real wirtschaftlich gesehen ist so ziemlich jeder Betrieb verschuldet! Können diese Kredite aufgrund fehlender Liquidität nicht mehr bedient werden, werden unzählige Betriebe Insolvenz anmelden müssen, was eine Kettenreaktion in einer nie dagewesenen Dimension zur Folge hat. Wird hier bereits an einer Lösung gearbeitet?**

Man hat bereits Maßnahmen gesetzt (Europäische Zentralbank – EZB: rd. 900 Mrd. Schuldtitelaufkauf und damit Stabilisierung des Finanzmarktes); des Weiteren hat der Rat der Finanzminister/innen auf Vorschlag der Kommission zwei Pakete beschlossen, um einerseits rd. 240 Mrd. € für Investitionen im Gesundheitsbereich und rd. 200 Mrd. € allgemein für Investitionen und Kreditgarantien bereitzustellen. Ein neues Instrument (SURE) wird dzt. verhandelt, mit dem die Sicherung von Jobs durch die Mitgliedstaaten unterstützt werden wird (Umfang 100 Mrd. €).

Die Kommission – teilweise bereits mit raschen Beschlüssen der EU-Gesetzgeber (Parlament und Rat) – mobilisiert sämtliche möglichen Mittel aus dem gegenwärtigen Haushalt der EU. Die EU hat auch die strengen Fiskalregeln und das EU-Beihilfenregime maßgeblich gelockert, damit die Mitgliedstaaten finanzielle und rechtliche Spielräume haben, mit nationalen Mitteln die Unternehmen zu unterstützen (kurzfristige finanz. Spritzen, Überbrückungskredite, Stundung von Steuern und Abgaben etc.). Bei den Mitgliedstaaten liegt dzt. – und wird auch in Zukunft – die Hauptlast der finanziellen Unterstützungs- und Hilfeleistungen sein.

Und alle Entscheidungsträger – auf EU-Ebene und in den Mitgliedstaaten – sind sich bewusst, dass ein zusätzliches „Wiederaufbau-Programm“ erforderlich ist, welches mit „innovativen Finanzinstrumenten“ auf die Beine gestellt werden soll. Die Kommission wird dazu bis Ende April/Anfang Mai 2020 konkrete Vorschläge machen (angedeutet wird, dass es einen Umfang von rd. € 1.000 Mrd. oder 1 Billion und mehr umfassen soll. Dieses Programm sollte gleichzeitig an die von der Kommission erst im Dezember 2019 vorgestellte Wirtschaftsstrategie des „Europäischen Grünen Deals“ angelehnt werden, d. h. Elemente enthalten und dazu beitragen, die ‚grüne‘ und ‚digitale‘ Wirtschaft sowie die Kreislaufwirtschaft voran zu bringen.

Der „Internationale Währungsfonds – IWF“ hat Mitte April die Prognose abgegeben, dass die Wirtschaft in der Eurozone 2020 um rd. 7,5 % einbrechen, aber auch 2021 sich wieder stark erholen wird.

Es ist aber nicht richtig, dass „so ziemlich jeder Betrieb“ verschuldet ist. Es gibt einen beträchtlichen Teil, der ohne finanzielle Fremdmittel arbeitet. Im Wirtschaftsleben ist es gang und gäbe, in einem überschaubaren und berechnetem Ausmaß Fremdmittel für eine bestimmte Zeit aufzunehmen. Die Liquidität der Betriebe wird natürlich durch außerordentliche Ereignisse, die eine zeitlich befristete Untätigkeit und damit den Einnahmefall zur Folge haben, strapaziert. Aber hier greifen gerade Stundungen, Überbrückungskredite und im Extremfall auch direkte finanzielle Hilfen, um zeitlich befristet die Ausfälle bewältigen zu können. Für den einen oder anderen Betrieb, der schon vorher an der Kippe stand, sind das natürlich kritische Wochen und Monate.

Mit 24. April zeichnet sich in Österreich und auch vielen anderen EU-Staaten eine Entspannung ab und viele Betriebe suchen – auch mit innovativen Zugängen – wieder den Weg in die wirtschaftliche Normalität. Das gilt jedoch mit Vorbehalt und ist von Sektor zu Sektor unterschiedlich (z. B. Tourismus und Gastgewerbe!). Wenn daher nicht eine neuerliche Welle mit einem neuerlichen Shutdown eintritt, könnten die sicher immensen Schäden berechenbar bleiben.

Aber es bleibt sicher ein immenser Schaden insbesondere bei den öffentlichen Haushalten hängen, auch bedingt durch gewaltige Steuermindereinnahmen, die in den nächsten Jahren finanziell in den Jahresbudgets bewältigt werden müssen. Hier wird es noch reichlich Diskussionen geben.